Nummer 376

Bezugs-Preis ohne Bringerlohn: Vierteljährlich für Berlin 8 Mk. 70 Pf., für ganz Deutschland durch die Post 10 Mk. 20 Pf., für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag, Kreuzbandsendungen 25 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstrasse 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Abend-Ausgabe mit Kurszettel

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis: Die 9gespaltene Zeile 1,50 Mk., Reklamezeile 4 Mk.

Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen z. Kurszettel, Zinsschein-Kalender, Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaften, Allgemeine Verlosungslisten mit Restantenlisten, Ziehungslisten der Preussischen Südeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint in der Woche dreizehnmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone«

Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352

Donnerstag, 21. August 1919

Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488

Postscheck-Konto: Berlin 26412

Einzelpreis 15 Pf.

Rücktritt Josefs von Habsburg.

Wien, 21. August.

Die Blätter melden aus Budapest, daß sich nach langen Verhandlungen Erzherzog Josef bereit erklärt habe, von seinem Posten als Verweser zurückzutreten und daß er das Ergebnis der Wahlen als Privatmann abwarten wolle. Das neue Kabinett werde ein Koalitionskabinett sein, in dem Lovaczy das Präsidium und Aeußeres, Dr. Bazsony Justiz, der Sozialistenführer Garami Handel, sowie die Sozialisten Reidl und Preger zwei sozialpolitische Ressorts übernehmen werden.

*

Der Rücktritt Erzherzog Josefs ist das Glied einer natürlichen Entwicklung der politischen Lage Ungarns. Wie wir schon **dieser Tage** ausgeführt hatten, **war die** ungarische Krise **eine Personenfrage** geworden, **die durch die Weigerung der Sozialisten,** in das Kabinett **unter Josef von Habsburg** einzutreten, akut geworden **war. Daß dies der einzige Hinderungsgrund für die** Sozialdemokraten **war,** geht aus der Tatsache hervor, daß nunmehr ihre hervorragendsten Vertreter Portefeuilles übernommen haben.

Wie schwierig die Situation für den Erzherzog allmählich geworden war, geht aus folgender Meldung hervor:

*

TU Genf, 21. August.

Nach Pariser Meldungen hat der Fünferrat dem Drucke der öffentlichen Meinung und den Vorstellungen Italiens, Rumäniens, der Südslawen und der Tschechen nachgegeben und, wie der „Corriere della Sera" berichtet, die Anerkennung der neuen Regierung in Ungarn verweigert. Die interalliierte Militärmission in Budapest ist angewiesen worden, mit der nur eine Minderheit des Volkes repräsentierenden Regierung einen losen Kontakt zu unterhalten, im übrigen aber Vorbereitungen zu treffen, um die Freiheit der Wahlen für die Konstituante zu sichern. Indem es der Fünferrat ablehnt, mit der gegenwärtigen Regierung über die Friedensbedingungen zu unterhandeln, manifestiert er deutlich den Wunsch nach einem raschen Wechsel des Regimes, da unter den heutigen Umständen kaum noch ein neuer Staatsstreich erfolgen kann. Die interalliierte Militärmission hat bereits mit der Bildung einer aus nationalen Elementen bestehenden Ordnungstruppe begonnen, die in der Hauptstadt den Garnisondienst versehen soll. Für eine geordnete und rasche Entwicklung spricht der Abmarsch der rumänischen Truppen.

Amerika gegen den englischen Annexionismus.

Amsterdam, 21. August.

„Daily Herald" vom 19. August meldet aus Paris, daß der Staatssekretär Lansing sich endgültig gegen die Teilnahme Amerikas am Völkerbund in seiner augenblicklichen Form ausgesprochen habe. Lansing teilte mit, daß Amerika vergeblich versucht habe zu erreichen, daß die persischen Delegierten in Paris angehört werden. Die von Delegierten der persischen Liberalen in Paris nachgesuchte Unterredung mit Lord Curzon sei jedoch nicht gebilligt worden. Inzwischen habe die britische Gesandtschaft in Teheran mit einer kleinen Gruppe persischer Politiker einen Geheimvertrag abgeschlossen. Diese Gruppe persischer Politiker habe gleich nach Unterzeichnung des Friedensvertrages die Kontrolle im persischen Ministerium erhalten und die rebellische Delegation in Paris sei abgesetzt worden. So sei ein **gefährliches und geheimes Spiel gespielt** worden. Lansing schloß:

Großbritannien hat nicht nur sein Reich ungeheuer vergrößert, sondern auch Indien von allen Seiten mit Ländern, die von Großbritannien kontrolliert werden, ausgenommen Chinesisch-Turkestan, umringt.

Der Konflikt mit Japan.

Amsterdam, 21. August.

Einer von den englischen Blättern vom 19. August gebrachten Exchange-Meldung aus Washington zufolge erklärte Thomas Millard vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, Bliß, White und Lansing hätten in einem an den Präsidenten gerichteten Schreiben zum Ausdruck gebracht, daß die Zuweisung Schantungs an Japan den Kriegsbedente. Der Präsident hätte sich geweigert, diesen Brief zu veröffentlichen.

Generalstreik der amerikanischen Metallarbeiter.

Amsterdam, 21. August.

Den englischen Blättern vom 19. zufolge, meldet Philadelphia Ledger, daß der Sekretär der Organisationen der amerikanischen Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie erklärt habe, daß ein Generalstreik der amerikanischen Stahl- und Eisenarbeiter unmittelbar bevorstehe. Der Streik richte sich gegen die Steel-Corporation und die unabhängigen Stahl- und Eisenlangerne.

Einig in der Unzufriedenheit.

Amsterdam, 21. August.

„Telegraaf" meldet aus London, daß Lloyd Georges Ankündigung, daß die Regierung beschlossen habe, nur die Steinkohlen zu nationalisieren, weder die Bergwerksbesitzer noch die Bergarbeiter zufriedenstellte. Im Namen der Besitzer erklärte der Herzog von Northumberland, daß er sich jedem Gesetze, das den Ankauf von Bergwerksrechten durch den Staat zum Gegenstand hat, energisch widersetzen werde. Auf der anderen Seite haben die Hauptführer der Bergarbeiter erklärt, daß der Regierungsvorschlag die Bergarbeiter nicht zufriedenstellt.

Die Kämpfe in Oberschlesien.

Die Insurgenten weichen.

Kattowitz, 21. August.

Vorgestern wurde, um der Truppe in unbekanntem Gelände Verluste durch Nachtkämpfe zu ersparen, der Kampf mit Einbruch der Dunkelheit abgebrochen; die gestern morgen von neuem eingesetzten Kämpfe um Nikischacht, Poguischütz, auf Myslowitz, Eichenau haben vollen Erfolg gehabt. Gegen Mittag begannen die Insurgenten auf der ganzen Linie zu weichen. Gegen vier Uhr fand unser Flügel vor Myslowitz. Die Mitte hat Schoppinitz und Rosdzin genommen. Die Grenze zwischen Laurahütte und Myslowitz ist gestern abend von unseren Truppen besetzt worden. Auch die in Myslowitz von den Aufrührern eingeschlossene Abteilung, der schon Munition und Verpflegung ausgegangen war, ist aus ihrer unangenehmen Lage befreit worden. Für die Sicherheit der Stadt Kattowitz ist endgültig Gewähr geleistet.

PPN **Kattowitz**, 21. August.

Der Aufstand in Oberschlesien kann in seinen Hauptpunkten als niedergeschlagen betrachtet werden; immerhin besetzen noch einzelne Insurgentenreuseter, die sich mit allen Mitteln verteidigen. Bei der Eigenart der dortigen Kämpfe dürfte es noch einige Zeit dauern, bis man von einer durchgreifenden Säuberung des Bezirks wird sprechen können. Das Militär hat energisch zugefaßt und durchweg gute Erfolge erzielt. Bei den letzten Kämpfen um Myslawitz wurden reguläre polnische Truppen des Regiments 6 festgestellt, ebenso wurden polnische Waffen und Maschinengewehre gefunden.

Wiederbeginn der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Wie wir hören, sind die Verhandlungen mit den Polen heute früh um 11 Uhr im auswärtigen Amt wieder aufgenommen worden. Über den Verlauf der Sitzung läßt sich nichts sagen. Die Veröffentlichung eines Berliner Mittagsblattes, die von einem angeblichen Ultimatum der Polen zu berichten wußten, geht augenscheinlich auf Mitteilungen aus früheren Phasen der deutsch-polnischen Verhandlungen zurück und war durch die weiteren Entwickelungen inzwischen überholt.

Teilweise Wiederaufnahme der Arbeit.

Beuthen, 21. August.

In Abschnitt C keine besonderen Vorfälle. Laurahütte, in dem in der Nacht Unruhen und Schießereien vorgekommen sind, ist ruhig. Ein Bataillon der Marine-Brigade ist um 1 Uhr 30 Minuten gestern nachmittag in Laurahütte eingetroffen. Am Nachmittag wurde Morgenrot nach Waffen durchsucht. Das Ergebnis steht noch aus. Eine Unternehmung auf Scharley und Deutsch-Piekar ist im Gange. Auf die Truppen wurde von der polnischen Front, wahrscheinlich von Gesindel, gefeuert. Von unserer Seite wurde das Feuer wirksam erwidert. Ein Mann von uns wurde schwer verwundet. Das Ergebnis der Einschließung und der Durchsuchung der beiden Orte steht noch aus. Einzelne Gruben beginnen die Arbeit wieder aufzunehmen.

Bandenkämpfe.

TU Ruhnik, 21. August.

Von amtlicher Stelle erfahren wir: An allen Ecken des Kreises toben Bandenkämpfe. Um 7 Uhr gegen bewaffnete Banden aus der Richtung Rauden und Siberodorf gegen Ruhnik. Sie wurden überall zurückgeschlagen. Ihre Verluste sind beträchtlich. Auf Seiten der Soldaten wurde ein Mann verwundet. Bemerkenswerte Zusammenrottungen in Ober-Schwierklan, wohin ein Panzerzug unterwegs ist. Das Militär ist Herr der Lage. Mehrere Tote und Verwundete waren auch in der vergangenen Nacht zu beklagen. Zwei Gefangene wurden eingebracht. Einer der Aufrührer wurde im Kampfe niedergestreckt. An verschiedenen Stellen des Kreises Rybnik-Pleß haben polnische Banden versucht, die Gewalt an sich zu reißen. Vom Grenzschutz sind Tote nicht zu beklagen. Bei einem Überfall auf die Ortschaften Gedow und Golkowitz stießen reguläre feindliche Truppen vor. Aber sie hatten es nur auf Raub abgesehen, wobei sie einige deutsche Soldaten töteten, aber auch selbst zwei Tote zurückließen. Leider ist auch ein Kind durch eine Kugel getötet worden. Als aus Loslau Verstärkungen heranrückten, suchten die Angreifer das Weite.

Auf die militärische Wache, die im früheren Skrzeistens-Hotel untergebracht ist, wurde ein nächtlicher Straßenangriff von 12 Zivilpersonen unternommen, die mit Gewehren und Handgranaten ausgerüstet waren. Die militärische Wache wurde sogleich benachrichtigt, daß Spartakisten unterwegs seien, um die Wache zu stürmen. Die Bande wurde mit Gewehrfeuer und Handgranaten empfangen. Es entspann sich ein ungefähr halbstündiges Feuergefecht. Ein Unteroffizier wurde getötet, worauf die Bande die Flucht ergriff. Die Gewehre sind zumeist polnischer Herkunft. In Hohenlinde stürmten 200 Mann das mit Militär belegte Schlesische Haus und versuchten die Soldaten zu entwaffnen. Bei den Straßenkämpfen soll es viele Tote gegeben haben. Die Aufständischen versuchten die Bleischerley-Grube zu besetzen. Militär schlug die Banden zurück. In Schomberg wurde versucht, das mit Militär besetzte Schloß zu stürmen. Bei einem Feuergefecht gab es viele Schwerverletzte und drei Tote. Der Straßenkampf tobte bis 11 Uhr vormittags. Schomberg ist militärisch besetzt.

In der Gemeinde Groß-Dombrowska haben die Polen den Grenzschutz abgesetzt und darauf einen polnischen Volksrat gebildet. Bewohner, welche sich aus dem Orte entfernen, werden mit Ausweisen des Ludowi Rada Polska (polnischer Volksrat) versehen. Der polnische Volksrat hat die Gemeindegeschäfte übernommen und sorgt auch für die Lebensmittelbelieferung.

Annahme des Schiedsspruches durch die Hamburger Bankbeamten.

Hamburg, den 21. August.

Die ausständigen Bankbeamten nahmen heute vormittag in einer von 1800 Personen besuchten Versammlung den Berliner Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses einstimmig bei fünf Stimmenenthaltungen an. Sämtliche Redner warnten davor, die Arbeit in den Banken eher wieder aufzunehmen, als bis die Bankleitungen ihre Zustimmung zu dem Schiedsspruch gegeben haben und die Streikleitung den Streik für beendet erklärt hat.

Belgische Ansprüche an Holland.

Versailles, 20. August.

Nach „Intransigeant" verlangt Belgien bei den jetzt stattfindenden Verhandlungen mit Holland die Herrschaft über die Scheldegewässer und den Kanal Gent—Terneuzen sowie das Recht für Belgien, auf diesen Gewässern und an deren Ufern alle ihm notwendig erscheinenden Arbeiten vorzunehmen. Belgien will außerdem den Seeverkehr durch Seeländisch-Flandern kontrollieren, einen Kanal durch die Enclave von Maastricht bauen und diesen Teil des Kanals ebenfalls überwachen. Ferner wünscht Belgien einen Rhein—Maas—Schelde-Kanal, will ihn verwalten und auch die Kontrolle über die Zufuhr-Eisenbahnlinien ausüben. Belgien wünscht außerdem wirtschaftliche Abmachungen mit Holland über den Warenverkehr durch die holländische Provinz Limburg und die Erbauung eines Kanals von Antwerpen nach Moerdyk. Schließlich wird der Abschluß einer militärischen Konvention mit Holland zur gemeinschaftlichen Verteidigung von Holländisch-Limburg vorgeschlagen und freie Durchfahrt von Kriegsschiffen zur Schelde während Kriegszeiten für Belgien und seine Alliierten verlangt.

*

Amsterdam, 21. August.

Der Pariser Korrespondent des „Telegraf" meldet seinem Blatte, er vernehme von sehr gut unterrichteter französischer Seite, daß der Oberste Rat den belgischen Delegierten in Paris mitgeteilt habe, daß die Verhandlungen über die Abänderung des Vertrages von 1839 keinerlei Abtretung von niederländischem Gebiet betreffe.

Kleine Nachrichten.

Der verfassungsmäßige Ausschuß der Nationalversammlung für die auswärtigen Angelegenheiten hat sich gestern gebildet und trat heute mittag 12 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammen. Von den Deutsch-Demokraten sind die Abgeordneten Schiffer, Haußmann und Freiherr von Richthofen in den Ausschuß entsandt worden.

*

Der Untersuchungsausschuß für die Schuld am Kriege ist zusammen getreten und hat zum Vorsitzenden den demokratischen Abgeordneten Petersen gewählt.

*

Der Vorschlag, dem Nationaltheater zum Dank für die gastliche Aufnahme der Nationalversammlung in Weimar eine Summe von 300 000 Mark zu überweisen, ist gegen zwei Deutschnationale Stimmen angenommen.

*

Wie der „Frankfurter Zeitung" aus Wiesbaden gemeldet wird, haben die Demokratische Partei, die Sozialdemokratische Partei, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei sich mit einem längeren Aufruf an die Bevölkerung des besetzten Gebietes gewandt, in dem eine vorzeitige Staatenbildung am Rhein energisch bekämpft wird.

*

Nach einer Meldung des Ungar. Telegr. Korrespondenzbureaus ist in ganz Ungarn das Standrecht erklärt worden.

Politischer Tagesspiegel.

Polnische Resistenz.

Ø Man kann wohl sagen, daß die deutsche Oeffentlichkeit selten durch etwas so überrascht worden ist wie durch die Nachricht, daß die polnischen Delegierten, die zur Lösung der aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Liquidationsfragen nach Berlin gekommen waren, die erste Gelegenheit ergriffen, um diese Verhandlungen zu sabotieren. Es ist doch ganz unzweifelhaft, daß jene deutsch-polnischen Besprechungen aus einfachster Ueberlegung heraus keine Verzögerung vertragen. Es ist ferner gar nicht zu bestreiten, daß wir in Oberschlesien nicht nur unser Hausrecht wahren, sondern, wenn man will, im Interesse der Durchführung des Friedensvertrages handeln, wenn wir durch die Beilegung der örtlichen Unruhen in Oberschlesien die von der Entente geforderte und vorgeschriebene Volksabstimmung ermöglichen. Trotz dieser ganz klaren Sachlage haben die Polen sie zu verwirren gesucht, und man fragt sich wirklich, ob sie ganz unbeeinflußt von Einwirkungen von außen vorgegangen sind und gehen? Es ist daher zu begrüßen, daß die polnischen Delegierten selbst mit Eifer betont haben, es liege ihnen an der Fortsetzung der unterbrochenen Besprechungen — obgleich das eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist. Wichtiger ist der Umstand, daß der Leiter der Ententemission in Berlin, General Dupont, einen loyal vermittelnden Standpunkt eingenommen hat. Er sollte aber noch ein mehreres tun, und den Polen überhaupt größere Objektivität und nüchtige Sachlichkeit empfehlen. Bisher sieht es nämlich beinahe so aus, als ob nicht nur die Polen im Stillen glauben, daß man die typisch deutsche Veranlagung, immer auch für den gegnerischen Gesichtspunkt allgsehr Verständnis zu haben, jeder beliebigen Belastungsprobe unterwerfen könnte.

*

Konflikt in der Reichswehr.

≈ Schon gelegentlich der Gründung des Republikanischen Führerbundes hatten wir schwere Bedenken gegen die Tendenz geäußert, die die aktive Politik in die Reichswehr tragen will und die sich neuerdings sehr stark bemerkbar macht. Die Bewegung ist leider unter der regen Tätigkeit der extremen Parteien im Anwachsen begriffen. Auf einer Versammlung des Verbandes aktiver Unteroffiziere und Mannschaften Deutschlands waren neulich Bemerkungen gefallen, die geeignet waren, den Bund in den Augen eines jeden, der das Heer als Instrument der friedliebenden Bevölkerung ansieht, schwer zu kompromittieren. Der Führer der Berliner Reichswehrbrigade, Oberst Reinhard, sah sich daraufhin veranlaßt, den ihm unterstellten Soldaten die Zugehörigkeit zu dem Bunde zu verbieten. Hiergegen wendet sich der Verband an den Oberst in einem Schreiben, in dem festgestellt wird, daß der Versammlungsleiter die anrüchigen Bemerkungen sofort gerügt und den Sprecher zur Ordnung gerufen hat. Es heißt weiter in dem Schreiben:

Der Verbandsvorstand gibt hiermit seine ehrenwörtliche Versicherung, daß der Verband nur eine Vereinigung zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen verkörpert, in der jegliche Parteipolitik von vornherein ausgeschaltet ist.

Auf die Eingabe antwortet Oberst Reinhard in einem ausführlichen Brief an den Verband. Er stellt fest, daß der Verband „eine die Truppe angreifende und gefährende Politik treibt". Er zitiert ein Wort des Verband-Agitators Twele: „Ich werde gehörig aufräumen, Deutschland wird brennen." Der Standpunkt Reinhards angesichts solcher und anderer angeführter Tatsachen ist verständlich. Andererseits klingt aus dem Schreiben eine Animosität gegen den Republikanischen Führerbund, die nicht berechtigt sein dürfte, da über die Betätigung dieser Korporation ein Urteil noch nicht feststeht. Auch scheint uns der Oberst auf die aufrichtigen Erklärungen des Verbandes nicht in genügendem Maße eingegeben. Die Schuld an den Mißverständnissen zwischen den beiden Parteien dürfte darin liegen, daß der sehr ausgedehnte und mächtige Verband der Unteroffiziere und Mannschaften seine Organisation noch nicht hinreichend fest in der Hand und alle seine Organe mit dem Geist durchtränkt hat, von dem seine Leitung ohne Zweifel beseelt ist. Es liegt im allernächsten Interesse des Staates und seiner Hauptstadt, daß in diesem Konflikt, der die weitesten und verhängnisvollsten Kreise ziehen kann und bei dem die Radikalen die lachenden Dritten sind, beide Parteien einander entgegenkommen. Jedenfalls müßte dem Agitator Twele ebenso der Mund gestopft werden wie einem Organ der Gegenpartei, das den Verband einen „spartakistischen Stoßtrupp" nennt.

*

Circulus vitiosus.

Ø Unter der allgemach durch allzuhäufige, wenn auch leider begründete Anwendung um ihre aufrüttelnde Wirkung gebrachten Ueberschrift: Stehen wir vor der Katastrophe? veröffentlicht die „D. Allg. Ztg." einen längeren Bericht über die Arbeiten der Kommission zur Untersuchung des Arbeitszeitproblems. Leider finden diese Erhebungen in der deutschen Oeffentlichkeit nicht die Aufmerksamkeit, die ihnen gebührt. In einer der letzten Sitzungen hat sich nun der bekannte Großindustrielle Peter Klöckner in außerordentlich bedeutsamer Weise über unsere wirtschaftliche Gesamtlage geäußert. Zunächst stellte er fest, daß an die Lieferung der im Friedensvertrag stipulierten 40 Mill. Tonnen Kohlen nicht zu denken sei, ja noch mehr: wir sind auch nicht imstande, die Hälfte abzugeben. Sonst müssen wir unsere Hochöfen ausblasen und unsere Industrie stillegen. Ferner wollen die Franzosen nur den Inlandspreis bezahlen, während wir den Weltmarktspreis verlangen. Aber von besonderem Interesse ist, was Klöckner über die Wechselwirkungen der unablässigen Lohnsteigerungen sagte. In der

Anzeiger.

In unser Handelsregister Abt. A Nr. 133 ist heute die Firma **Wilhelm Spaller** zu **Beeskow** und als deren Inhaber der Kaufmann Wilhelm Spaller daselbst eingetragen worden. (18146)

Beeskow, 18. August 1919.

Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abt. A Nr. 112 ist heute die Firma **Hermann Milatz** zu **Beeskow** und als deren Inhaber der Kaufmann Hermann Milatz, daselbst, eingetragen worden. (18145)

Beeskow, 18. August 1919.

Amtsgericht.

Bei der im Handelsregister Abt. B unter Nr. 9 eingetragenen **Lauban Kleinbahn Aktien-Gesellschaft** ist heute folgendes vermerkt: An Stelle des durch Tod aus dem Vorstande ausgeschiedenen Landesältesten Rittergutsbesitzers Heinrich Krumwiede in Rädel ist der Geheime Baurat Otto Techow in Berlin-Steglitz zum Vorstandsmitgliede bestellt worden.

Brandenburg (Havel), den 13. August 1919. (18143)

Das Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abteilung A ist heute unter Nr. 90 die offene Handelsgesellschaft in Firma **Gebrüder Schaefer** mit dem Sitze in **Küllstedt** eingetragen worden.

Persönlich haftende Gesellschafter sind der Kaufmann Otto Schaefer und der Kaufmann Ernst Schaefer, beide zu Küllstedt. Die Gesellschaft hat am 1. Juli 1919 begonnen. (18144)

Dingelstädt (Eichsfeld), den 28. Juli 1919.

Das Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abt. B ist heute unter Nr. 45 die Firma **Heim Gesellschaft „Heegermühle — Messingwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung"** mit dem Sitze in **Heegermühle** eingetragen worden. Gegenstand des Unternehmens ist das Vermieten von Wohnungen in eigens erbauten und angekauften Häusern an minderbemittelte Familien und Personen. Geschäftsführer sind der Arbeiter Otto Brömme zu Heegermühle und Baumeister Gotthold Levy zu Messingwerk. Der Gesellschaftsvertrag ist am 4. April 1919 festgestellt. Die Gesellschaft wird vertreten entweder von beiden Geschäftsführern gemeinschaftlich oder von einem Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen der genannten Gesellschaft. Oeffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Reichsanzeiger. (18142)

Eberswalde, 18. Aug. 1919.

Amtsgericht.

Die im Handelsregister Abteilung A unter Nr. 742 eingetragene Firma **Johannes Marek** in **Forst (Lausitz)** ist erloschen. (18148)

Forst (Lausitz), 18. Aug. 1919

Das Amtsgericht.

Im Handelsregister Abteilung A ist unter Nr. 750 die Firma **Clara Marek** in **Forst (Lausitz)** und als deren Inhaberin die verehlichte Kaufmann Clara Marek geborene Brielke in Forst (Lausitz) eingetragen. Dem Kaufmann Johannes Marek ist Prokura erteilt.

Forst (Lausitz), 1. Aug. 1919.

Das Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abteilung A ist heute unter Nr. 633 die Firma **Gustav Köhler, Inhaber Gustav Mork, Groß-Roßschlächterei**, und als deren Inhaber der Roßschlächter Gustav Mork aus Graudenz eingetragen worden. Der Uebergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäftes durch den Roßschlächter Mork ausgeschlossen. (18141)

Graudenz, 16. Aug. 1919.

Das Amtsgericht.